

## Liebe Leserinnen und Leser,

ich wünsche Ihnen ein gesegnetes Pfingstfest und möchte bei dieser Gelegenheit gedanklich noch ein wenig bei diesem Fest verweilen. Sicherlich nutzen viele von Ihnen das verlängerte Wochenende, für einen Kurzurlaub, eine ausgedehnte Fahrradtour oder einen Ausflug zu einem der vielen touristischen Ziele in unmittelbarer Haustür-Nähe. Einige werden vielleicht auch kräftig und lautstark feiern – das alles sei Ihnen gegönnt und ich hoffe, Sie genießen die freien Tage. Ich wünsche mir aber gleichermaßen, dass Sie kurz innehalten und sich erinnern, warum wir eigentlich Pfingsten feiern. Den Jüngern von Jesus ist am 50. Tag nach der Auferstehung (Ostern) der Heilige Geist erschienen. Die bis dahin zaudernden Jünger wurden vom Heiligen Geist erfüllt und konnten plötzlich in fremden Sprachen sprechen. Die Apostel predigten von Buße und Taufe und viele Menschen folgten ihnen – es war die Geburtsstunde der Kirchen.

Wir sollten die christlichen Feiertage nicht einfach als gegeben hinnehmen, sondern uns ihrer historischen und aktuellen Bedeutung bewusst sein. Ich würde mir auch wünschen, dass der Reformationstag nicht nur in diesem Jubiläumsjahr zum gesetzlichen Feiertag wird, damit wir uns auf die Beziehung zu Gott besinnen können und nicht, um mit furchterregenden Masken durch die Straßen zu ziehen und Halloween zu feiern.  
Herzlichst, Ihr

*B. Thümler*



## Platz zwei für Björn Thümler

**Auf der Landesliste ist der CDU-Fraktionsvorsitzende direkt hinter Spitzenkandidat Bernd Althusmann gesetzt. Doch bei den vergangenen Wahlen spielte die Liste keine Rolle.**

Der Fraktionsvorsitzende der CDU Niedersachsen, Björn Thümler, bekommt ein eindeutiges Zeichen der Wertschätzung und Unterstützung von seiner Partei: Der Berner Politiker wird auf der Liste zur Landtagswahl auf dem zweiten Platz geführt, gleich hinter Bernd Althusmann, der als Spitzenkandidat für seine Partei in die Wahl am 14. Januar 2018 geht.

Die Unterstützung seiner Partei bedeutet allerdings nicht, dass Thümler seinen Platz im Landtag sicher hat, denn bei den vergangenen drei Landtagswahlen zog die

Liste der CDU nicht, d.h. nur die direkt gewählten Kandidaten kamen in den Landtag.

Deshalb wird Björn Thümler auch im kommenden Jahr alle Anstrengungen darauf legen, den Wahlkreis Rastede/Wesermarsch – diesmal erstmals ohne die Gemeinde Jade – direkt zu gewinnen. Das gelang ihm bereits als erster CDU-Kandidat überhaupt im Wahlkreis 71 in den Jahren 2003, 2008 und 2013.

„Niedersachsen nach vorne bringen“ ist das Ziel des Wahlkampfes, dessen Vorbereitungen schon jetzt begonnen haben. „Die rot-grüne Landesregierung hat in den vergangenen Jahren etliche Baustellen aufgerissen. Diese wieder zu schließen – etwa in der Bildungspolitik, innere Sicherheit oder auch in der Landwirtschaft – wird die Aufga-

be der nächsten Landesregierung sein, die hoffentlich unter der Führung von Bernd Althusmann an den Start geht. Dafür werden wir in den kommenden Monaten kämpfen“, blickt Thümler optimistisch voraus.

### Aus dem Inhalt

- » Wolf: Nicht willkommen in der Wesermarsch Seite 2
- » Milch: Erfolgsmodell Genossenschaften Seite 4
- » Apotheken: Notdienste in Gefahr Seite 5
- » Tag der Kinderbetreuung: Danke! Seite 6
- » Antrag: Keine Vollverschleierung Seite 7

## Wesermarsch muss wolfsfreies Gebiet bleiben

Die „Rosenburg“ in Brake platzte aus allen Nähten: Mehr als 150 Gäste kamen zu einer Podiumsdiskussion: Fünf Experten diskutierten auf Einladung von Björn Thümler darüber, ob der Wolf in der Wesermarsch eine Heimat haben könnte.

**V**orweg: Es gibt keine offiziell bestätigte Sichtung des Wolfs in der Wesermarsch. Auf der anderen Seite scheint es nur eine Frage der Zeit zu sein, bis er sich zwischen Tossens und Lemwerder blicken lässt. In der landwirtschaftlich geprägten Wesermarsch ist man nervös, was dieses Thema angeht und so war es nicht überraschend, dass die Veranstaltung „Der Wolf und die Wesermarsch“ in der Braker Gaststätte „Zur Rosenburg“ auf große Resonanz stieß. Bis zum Beginn des Expertengesprächs mussten Stühle in der Saal getragen werden, der mit mehr als 150 Gästen vollends gefüllt war.

### Experten an einem Tisch

Auf dem Podium diskutieren Dr. Karsten Padeken, Vorsitzender des Kreislandvolkes Wesermarsch, Heiko Schmidt, Vorsitzender des Landesschafzuchtverbandes Weser-Ems, Franz-Otto Müller,



Als Experten folgten der Einladung von Björn Thümler (von links) Dr. Karsten Padeken, Heiko Schmidt, Franz-Otto Müller, Raoul Reding und Helmut Dammann-Tamke.

Wolfsberater des Landkreises Wesermarsch, Raoul Reding, Wolfsberater der Landesjägerschaft und Helmut Dammann-Tamke, Vorsitzender des Arbeitskreises Landwirtschaft der CDU Landtagsfraktion. Die Moderation übernahm Gastgeber Björn Thümler, der gleich zu Beginn feststellte, dass er eingeladen habe, um zu informieren und nicht um Angst zu schüren: „Wir wollen nicht abwarten, sondern schon im Vorfeld vernünftig handeln.“ Als Beispiel führte er die Problematik mit dem Gänsefraß an: „Da wurde jahre-

lang nichts gegen getan und nun haben wir das Problem.

Wolfsberater Raoul Reding hält es für durchaus möglich, dass sich der Wolf auch in der Wesermarsch ansiedelt: „Der Wolf siedelt sich zunächst in guten Lebensräumen an, dann auch in weniger guten. Er ist sehr anpassungsfähig.“ Derzeit gäbe es acht Wolfsrudel und drei Einzelwölfe in Niedersachsen mit einem sehr großen Streifgebiet. Auch Wolfsberater Franz-Otto Müller kann sich gut vorstellen, dass der Wolf durch die Wesermarsch ziehen wird.

### Wolf mit der Wesermarsch nicht vereinbar

Über die Auswirkungen eines Wolfs in der Region machten sich vor allen Dingen Dr. Karsten Padeken und Heiko Schmidt Gedanken. Padeken betonte, dass Weidegebiete keine Wolfsgebiete seien und die Tierhalter es sich gar nicht leisten könnten, ihre Weiden einzuzäunen. „Außerdem ist das nicht mit unseren Weidemilch-



Mehr als 150 Gäste nahmen an der Diskussion in der „Rosenburg“ teil.

programmen vereinbar“, deutete Padeken an, welche katastrophalen Auswirkungen der Wolf für die von der Milchpreiskrise gebeutelte Landwirtschaft hätte.

Unabhängig von den horrenden Kosten wies Schmidt darauf hin, dass Zäune die Wölfe nicht abhalten würden: „Es ist umgekehrt. Die Schafe sind eingezäunt und damit leichte Beute für den Wolf, der seinen Weg unter oder über den Zaun finden wird.“ Außerdem wäre ein Wolfsriss verheerend: „Ein Wolf verletzt immer fünf oder sechs Tiere, anders als ein Luchs, der gezielt ein Tier angreift.“

### **Übergriffe machen auch den Menschen zu schaffen**

Das konnte auch Kay Krogmann, Schafzüchter aus dem Landkreis Cuxhaven berichten. Er war zur Veranstaltung nach Brake gekommen, um die Übergriffe von Wölfen aus erster Hand zu schildern: „Eine Herde haben die Wölfe über den ganzen Ort verteilt. Dass zu erleben, möchte ich niemandem zumuten. Das sind schreckliche Anblicke, einige Schafe werden nur angefressen.“ Mittlerweile sei es zu acht Übergriffen seit 2012 gekommen, so Krogmann, der auch seelisch angegriffen ist: „Das hält man nicht aus, ich habe Hilfe benötigt, denn man lebt jeden Tag mit der Angst. Das ist die Hölle.“ Nach seinen Erfahrungen gibt es kein Mittel, um sich legal vor Übergriffen zu schützen, „und die Kosten, die wir durch das Aufräumen nach einem Überfall haben, zahlt uns auch nie-

mand.“ Genausowenig könne er es sich leisten, die Schafe nur im Stall zu halten.

„Die Politik darf nicht zu spät reagieren“, forderte Helmut Dammann-Tamke. „Nutztierhalter werden derzeit eingeschüchtert, aber die Politik geht das Problem nicht wirklich an.“ Als Beispiel nannte er Maderhund und Waschbär – beide Tiere durften nachdem sie in Niedersachsen einzogen, von Anfang bejagt werden. Trotzdem läuft die Population aus dem Ruder. „Wenn

### **Sieben-Punkte-Plan der CDU-Fraktion**

1. Beweislastumkehr bei Nutztierrißen; Mittel für Prävention und Entschädigungen unbürokratisch auszahlen
2. Auffällige Wölfe entnehmen
3. über die Umweltministerkonferenz die Populationszahl für Niedersachsen festlegen lassen
4. niedersächsischen Rudel zu identifizieren und aus jedem Rudel in Tier zu besondern
5. Wolf ins nieders. Jagdrecht aufnehmen und die Überführung in den Anhang V der FFH-Richtlinie anstreben
6. Bejagung abwandernder Jungwölfe zu gestatten
7. auffällige Rudel durch Entfernung eines Jungtieres zu konditionieren

» [hier den ausführlichen Sieben-Punkte Plan anschauen](#)

die Politik zu lange wartet, wird es sehr schwer, die Population wieder einzufangen.“

So herrschte dann auch in diesem Punkt Einigkeit: Es muss etwas geschehen. Darauf drängt auch die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, die einen 7-Punkte-Plan aufgestellt hat, mit dem der Wolf zum Beispiel in der Wesermarsch gar nicht erst zum Problem werden soll (siehe Kasten).

» **Aktuell:** Wolfssichtung in Ovelgönne am 31. Mai (Seite 11)



*Björn Thümler stimmte mit den Diskussionsteilnehmern überein: Die Wesermarsch muss ein wolfsfreies Gebiet bleiben.*

## Genossenschaften sind ein Erfolgsmodell

Die CDU-Fraktion spricht in Jaderberg mit Wissenschaft und Branchenexperten über Sachstandspapier des Bundeskartellamtes zu Milch-Lieferbedingungen.

Sind die genossenschaftlich geregelten Vertragsbeziehungen zwischen Milchbauern und Molkereien kartellrechtlich unzulässig? Das

vermutet das zuständige Bundeskartellamt und hat ein Musterverfahren gegen das Deutsche Milchkontor eingeleitet. Aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion gefährdet die Untersuchung den genossenschaftlich geregelten Milchmarkt. In Jaderberg hat die Fraktion nun mit Experten das Sachstandspapier des Kartellamtes diskutiert. „Wir wollten heute vor allem erfahren, wie die Betroffenen das Verfahren bewerten und welche Beziehungen zwischen Erzeugern und Produzenten sie sich wünschen“, sagt Björn Thümler, Vorsitzender der CDU-Fraktion. Das Ergebnis: Die genossenschaftliche Gestaltung des Milchmarktes bleibt der klare Favorit. Besonders für kleine bäuerliche Erzeugerbetriebe böte diese Variante bestmögliche Sicherheit. „Der Ansatz des Bundeskartellamtes wird ins Leere laufen. Er gibt der Branche jedoch die Möglichkeit, die bestehenden Strukturen zu überdenken und gegebenenfalls zu überarbeiten“, so Thümler.



*Dass es keine Rückkehr zur staatlichen Mengenreduzierung geben sollte, darin waren sich alle Diskussionsteilnehmer unter der Leitung von Björn Thümler einig.*

### „Genossenschaften im Nordwesten arbeiten vertrauensvoll zusammen“

Auf Einladung des Fraktionsvorsitzenden sprach im Schützenhof Jaderberg vor etwa 90 Zuhörern zunächst der Leiter des Kieler Instituts für Agrarökonomie, Professor Sebastian Hess, zu den Teilnehmern. In seinem wissenschaftlichen Impulsvortrag stellte der Milchwirtschaftsexperte eine Studie über die Erwartungen der Landwirte zur Gestaltung der Milchbeziehungen vor. Im Anschluss diskutierten Vertreter aus Land- und Molkereiwirtschaft, Politik und Interessenverbänden mit Moderator Helmut Dammann-Tamke die Ergebnisse. Einig waren sich Manfred Tannen und Dr. Karsten Padeken von den Kreislandvolkverbänden Wittmund und Wesermarsch, Ottmar Ilchmann (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft) und Herbert Heyen (Molkerei Ammerland eG) insbesondere darin, nicht wieder zur

staatlichen Mengenreduzierung zurückzuwollen. Mehrheitlich sprachen sich die Podiumsteilnehmer zudem dafür aus, an den genossenschaftlich organisierten Milchbeziehungen festzuhalten. „Die Andienungs- und Abnahmeverpflichtung bietet Sicherheit für beide Seiten und stärkt vor allem kleine Erzeugerbetriebe. Die Genossenschaften im Nordwesten arbeiten sehr vertrauensvoll zusammen“, sagt Thümler. „Das liegt auch an ihrer basisdemokratischen Struktur. Die Mitglieder können selbst entscheiden, mit wem sie Verträge abschließen.“

Mit Blick auf das am Donnerstagmittag von Landwirtschaftsminister Meyer vorgestellte Agrarstruktursicherungsgesetz betont Thümler: „Das vom Bundeskartellamt eingeleitete Verfahren reißt sich zu unserem Bedauern in die zahlreichen Angriffe der rot-grünen Landesregierung auf landwirtschaftliches Eigentum ein. Das Gängeln eines ganzen Berufsstandes muss aufhören.“

## „... dann verschwinden die Apotheken!“



Rezepturen sind nur in lokalen Apotheken erhältlich. Das war eines der Diskussions-themen von Dr. Hartmut Bode und Maike Maas-Bode mit Björn Thümler.

**Apotheker sehen durch Versand-Erlaubnis der rezeptpflichtigen Medikamente die Zukunft der ortsansässigen Apotheken bedroht – Björn Thümler spricht mit Maike Maas-Bode und Dr. Hartmut Bode über Notdienste, fachspezifische Kundenberatung und die weiteren Vorteile einer Apotheke im ländlichen Raum.**

„Die Online Versandapotheken aus dem Ausland zu fördern ist ein Skandal“, bringt es Maike Maas-Bode, Inhaberin der Anker-Apotheke in Elsfleth, auf den Punkt. Ihr Mann, Dr. Hartmut Bode, geht sogar noch einen Schritt weiter: „Was steckt dahinter, dass man uns weghaben möchte?“ Im Gespräch mit dem CDU-Landtagsabgeordneten Björn Thümler erörtern die beiden Apotheker die Lage der ortsansässigen Apotheken und warnen vor deren Verlust: „Die Auswirkungen des Versandhandels werden vielleicht erst in fünf bis zehn Jahren zu spüren sein, doch dann ist eine Umkehr zu spät, weil es dann kaum

noch Apotheken geben wird.“

Auch Björn Thümler widerspricht der Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD), die im Versandhandel keine Gefahr für die Apotheken sieht, sondern sogar Vorteile im ländlichen Raum: „Das Gegenteil ist der Fall, denn jeder Patient, der ein dringend benötigtes Medikament in der Apotheke bestellt, kann dieses wenige Stunden später abholen oder bekommt es per Bote nach Hause geliefert. Das kann der Versandhandel gar nicht leisten. Hinzu kommt die fachliche Beratung, die die Behandlung des Arztes sinnvoll ergänzt, auch das kann der Online-Anbieter in dieser Form nicht vorweisen.“

### **Notdienste können nur Apotheken vor Ort leisten**

Doch die (gesetzlich-vorgeschriebenen) Leistungen gehen noch weiter, wie Maike Maas-Bode betont: „Die 24-Stunden-Notdienste können nur Apotheken vor Ort leisten und zudem haben

wir den Auftrag in Krisenzeiten die Bevölkerung mit Medikamenten mindestens eine Woche versorgen zu können. Wie sollen das der Versandhändler machen?“

Dass Versandhändler einen freien und fairen Wettbewerb propagieren, dem widerspricht auch Björn Thümler: „Die Voraussetzungen sind dafür nicht gegeben, wenn der lokale Apotheker einen klaren Wettbewerbsnachteil hat. Die ausländischen Versandapotheken haben – anders als in Deutschland ansässige Apotheken – die Möglichkeit, ihren Kunden Preisnachlässe zu gewähren.“

Er unterstütze deshalb den Vorstoß von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU), Versand verschreibungspflichtiger Medikamente zu verbieten („Rx-Versandverbot“).

Dr. Hartmut Bode betont die Bedeutung dieses Verbots: „Der Verkauf von verschreibungspflichtigen Medikamenten macht rund 90 Prozent unseres Umsatzes aus. Wenn uns das wegbricht, ist es vorbei.“ Beleg dafür sei, dass viele nicht-verschreibungspflichtige Medikamente gar nicht mehr im Sortiment seien – dieses Geschäft habe man bereits zu einem großen Teil den Versandhändlern überlassen müssen.

„Wenn das so weiter geht, dann werden Apotheken genauso austerben wie Buchhändler. Dabei darf man aber nicht vergessen, dass wir Waren besonderer Art handeln. Rezepturen und Betäubungsmittel können und dürfen sowieso nur Apotheker ausgeben und keine Logistiker“, so Maike Maas-Bode, „wenn wir diese Stellung wahren sollen, dürfen die gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht derart verändert werden.“

## Thümler sagt Danke! „Sie erziehen unsere Zukunft“

**Der Landtagsabgeordnete lobt am „Tag der Kinderbetreuung“ das besondere Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und besucht die „Arche Noah“ in Brake.**

Wertschätzung – das haben unsere Mitarbeiter wirklich verdient“, freut sich die Leiterin der Ev. Kindertagesstätte „Arche Noah“, Marion Stelling, über den Besuch des Landtagsabgeordneten Björn Thümler. Der Fraktionsvorsitzende der CDU in Niedersachsen war anlässlich des Tages der Kinderbetreuung mit einem kleinen Geschenk vorbeigekommen, um „Danke“ zu sagen.

„Die Mitarbeiter in der Kinderbetreuung sorgen mit ihrer Arbeit für eine Grundbildung, die mittlerweile unerlässlich ist“, so Thümler. „Besonders vor dem Hintergrund, das die Bildung unserer Kinder unsere Zukunft prägen wird.“ Seinen Dank für die unermüdliche Arbeit spricht Thümler dabei nicht nur den Mitarbeitern der „Arche Noah“ aus, sondern ausdrücklich allen Erziehungsfachkräften und Tageseltern. Diesem schloss sich auch Pfarrer Christian Egts vom Träger der Einrichtung der ev.-luth. Kirchengemeinde Brake an „Die Mehrheit der Erzieher arbeitet aus Idealismus“, hat Marion Stelling in ihrer langjährigen Tätigkeit beobachtet, denn: „Die Freude, mit Kindern zu arbeiten, ist mit nichts zu vergleichen.“ Da



*Björn Thümler und Pfarrer Christian Egts sprachen anlässlich des „Tags der Kinderbetreuung“ den Erzieherinnen und Erziehern ihre Wertschätzung aus. Marion Stelling nahm das „Danke“ gerne entgegen.*

sehe man auch mal über die nicht immer glücklichen Rahmenbedingungen hinweg: „Es gibt etwas, dass alle Erzieher belastet: Dass sie zu wenig Zeit am Kind haben, dabei ist das das wichtigste. Jeder Tag im Kindergarten ist eine Vorbereitung auf die Schule und damit auf das Leben.“ Sie und ihre Mitarbeiter wünschten sich eine dritte Kraft im Kindergarten, damit man dieser Aufgabe noch intensiver nachgehen könne. Die Sprachentwicklung der Kinder sei dabei das wichtigste. Der Kinder-

garten nimmt am Bundesförderprogramm „Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ teil.

Die Forderung nach der dritten Kindergartenkraft unterstützt auch Björn Thümler: „Die CDU-Fraktion im Landtag hat genau dies erst im Februar in einem Antrag gefordert. Mit einem Stufenplan soll die dritte Kraft in Kindergartengruppen eingeführt werden.“

Der Name „Arche Noah“ ist Programm, denn hat Noah damals allen Lebewesen eine Unterkunft gewährt. Und so finden auch in der Braker Einrichtung eine Vielzahl von Nationalitäten und Religionen ihren Platz. 18 verschiedene Herkunftssprachen finden

sich unter den 132 Kindern, die täglich das Angebot in sechs verschiedenen Gruppen nutzen. Dazu kommen sieben verschiedene Religionen. Dass die „Arche“ dabei eine evangelische Einrichtung ist, stellt für die Eltern kein Problem dar, betont Stelling: „Das wird akzeptiert. Wichtiger als die Religion ist den meisten, dass Werte vermittelt werden. Und das ist auch wichtig für die Integration, die wir hier tagtäglich fördern“

**» Hier gibt es ein DANKE-VIDEO zu sehen.**



## Schwangere Frauen mit Traumata

**donum vitae wäre ohne Förderprogramm des Bundes und Unterstützung durch den Landkreis überlastet. Thümler lobt: „Engagement der Mitarbeiterinnen ist einmalig“**

„Die Zahl der schwangeren Frauen, die geflohen sind, und bei uns Unterstützung suchen, ist im vergangenen Jahr deutlich gestiegen“, kann Mechthild Frenking, Geschäftsstellenleiterin von donum vitae in Brake, berichten. „Und damit auch die Anforderungen an uns und unsere Mitarbeiter.“

Eine Schwangerschaft kann schon unter normalen Umständen belastend sein, für geflohene Frauen ergeben sich zusätzliche Problemlagen: Verständigungsprobleme, Zukunftsängste, Traumatisierung durch Flucht und Gewalterfahrungen, Wegfall sozialer Strukturen, Armut und Perspektivlosigkeit. „Vor zwei Jahren betraf ein Viertel der Erstberatungen Frauen, die geflohen sind. Im vergangenen Jahr ist die Zahl aufgrund der guten Arbeit unserer Beraterinnen auf ein Drittel gestiegen“, so die Diplom Pädagogin Frenking.

Besonders eine Hebamme und eine muslimische Mitarbeiterin waren so überlastet, dass die Überstunden für den Verein kaum noch tragbar waren. Davon hat sich nun auch Björn Thümler bei einem Besuch bei donum vitae in Brake persönlich überzeugt: „Die Mitarbeiterinnen leisten hier wirklich eine außerordentliche und aufopferungsvolle Arbeit. Von meinen Kontakten mit Flüchtlingen habe ich erfahren, wie belastend der oft unsichere Aufenthaltsstatus gepaart mit den traumatisierenden Fluchterfahrungen auf die Flüchtlinge wirkt. Wer dann auch



*Mechthild Frenking (links) und Sabine Rohlfs informierten über die Arbeit von donum vitae mit schwangeren Flüchtlingsfrauen.*

noch in einem völlig fremden Land schwanger ist, muss schon besonders stark sein, um das auszuhalten – oder die Frauen bekommen professionelle Hilfe wie hier bei donum vitae“, lobt Björn Thümler und freut sich, dass sich durch finanzielle Förderungen die Lage etwas entspannt hat.

### **Ausgewähltes Modellprojekt**

Zum einen nimmt die Beratungsstelle als eine von 30 Standorten bundesweit an dem Modellprojekt „Schwangerschaft und Flucht“ des Bundesverbandes donum vitae finanziert durch das Bundesfamilienministerium teil. „Dadurch konnten wir eine neue Kollegin im Rahmen einer 20-Stunden-Stelle gewinnen“, freut sich Frenking.

Damit die Teilnahme an dem Projekt überhaupt umzusetzen war, mussten in Brake die Voraussetzungen geschaffen werden. Dazu warb man um finanzielle und räumliche Unterstützung durch den Landkreis. Auch diese wurde gewährt und dadurch konnte eine Verwaltungsfachkraft mit fünf Stunden pro Woche eingestellt werden, die die Terminkoordination zwischen Klientin, Dolmetsche-

rin und Beraterin vornimmt.

Ziel des Projektes „Schwangerschaft und Flucht“ ist die aufsuchende Beratung schwangerer, geflüchteter Frauen an ihrem Wohnort. Die Beraterin hat dabei eine Lotsenfunktion in das reguläre Hilfesystem der Wesermarsch. Die Beraterin Sabine Rohlfs nahm an mehreren von der Sozialdezernentin organisierten Arbeitstreffen zur Situation der Flüchtlinge teil. „Es ist wichtig, dass wir Synergieeffekte nutzen und Doppelstrukturen vermeiden“, weiß Sabine Rohlfs auf die Effektivität ihrer Arbeit hin. Das Angebot der aufsuchenden Beraterin wird mittlerweile sehr gut angenommen. „Viele Frauen sind Opfer von Stress und Gewalt und sorgen sich um ihre Familienangehörigen, die noch auf der Flucht oder im Kriegsgebiet sind. Das alles kann natürlich die elterliche Kompetenz einschränken“, berichtet Rohlfs aus ihrem Arbeitsalltag.

Ergänzend zum Projekt bietet donum vitae in Brake dank der Unterstützung durch den Landkreis Gruppenangebote und Informationsveranstaltungen für Frauen in unterschiedlichen Sprachgruppen an.

## Kommunikationskultur

**Die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag legt Gesetzesentwurf gegen Gesichtsverhüllung in öffentlichen Gebäuden vor.**

Vollverschleierte Frauen in Schulen, Gerichten und auf Ämtern – für die meisten Menschen in Niedersachsen ist das nicht vorstellbar. Und doch mehren sich die Berichte, in denen genau das passiert. So sorgten jüngst zwei junge muslimische Frauen aus dem Raum Osnabrück für Aufsehen: Eine Zehntklässlerin aus Belm hatte über Jahre vollständig verhüllt am Unterricht teilgenommen, eine junge Studentin saß vollverschleiert in Vorlesungen und Seminaren am Islaminstitut der hiesigen Universität. Konsequenzen gab es trotz Bedenken der Lehrkräfte und Dozenten keine – wohl auch, weil es keine landesweiten Vorgaben gibt, wie mit Burka und Nikab in öffentlichen Einrichtungen umzugehen ist. Es besteht also Regelungsbedarf – auch, weil durch den Zuzug aus islamisch geprägten Ländern die Anzahl vollverschleierter Frauen mutmaßlich weiter ansteigen wird.

### **Gesetzesentwurf sendet klares Signal aus**

Für Björn Thümler steht das Tragen von Burka und Nikab in klarem Widerspruch zur Kommunikationskultur in Deutschland: „In unserer freien Gesellschaft ist es unverzichtbar, sein Gesicht zu zeigen. Wer sich verhüllt, verhindert die offene und gleichberechtigte Kommunikation.“

Die CDU will daher aktiv dort gegen die Vollverschleierung vorgehen, wo das Land Einfluss nehmen



kann: in Behörden und allen anderen Einrichtungen, die unter der Aufsicht des Landes stehen. Einstimmig haben die Abgeordneten einen Gesetzesentwurf beschlossen, der die Gesichtsverhüllung in allen öffentlichen Gebäuden des Landes vollständig verbieten soll. Betroffen sind unter anderem Schulen und Universitäten, Rathäuser, Gerichte, der Landtag, Ministerien und nachgeordnete Stellen. „Dieser Gesetzesentwurf liefert den öffentlichen Einrichtungen notwendige rechtliche Argumente und soll sie dazu ermutigen, ein Verbot der Vollverschleierung durchzusetzen. Er ist aber auch das klare Signal an alle Bürger: Niedersachsen duldet keine Burkas und Nikabs in seinen Gebäuden“, so Thümler.

### **Verbot der Vollverschleierung für alle Besucher**

Bereits im Jahr 2011 hatte die damalige CDU-geführte Landesregierung ein Gesetz auf den Weg gebracht, das den Landesbediensteten die Verhüllung ihres Gesichts untersagt. Nun wolle man auch gleiche Voraussetzungen für Mitarbeiter und Besucher staatlicher Einrichtungen schaffen: „Es ist den Beschäftigten in unseren

Behörden nicht zuzumuten, mit Personen zu kommunizieren, die sich weigern, ihr Gesicht zu zeigen“, argumentiert der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion.

Anders als in Bayern, wo die Staatsregierung ein Verbot der Gesichtsverhüllung über die Änderung mehrerer Gesetze anstrebt, bringt die CDU in Niedersachsen allerdings ein eigenständiges Gesetz in den Landtag ein. „Wir wollen eine einheitliche Regelung und den Behördenleitern die Entscheidung abnehmen“, so Thümler. So könnten alle Landeseinrichtungen ihren Besuchern die Gesichtsverhüllung verbieten. Ausnahmen sieht der Gesetzesentwurf lediglich für Krankenhäuser und Wohnräume sowie Einrichtungen und Geschäftsräume in privater Trägerschaft vor. „Religiöse Überzeugungen dürfen eine notwendige medizinische Behandlung nicht verhindern. Allerdings müssen die Kliniken über ihr Hausrecht die Möglichkeit erhalten, den Besuchern das Tragen von Vollverschleierung zu untersagen“, sagt Thümler.

Wer sich nicht daran hält, muss mit einem Bußgeld von 150 Euro rechnen – im Wiederholungsfall werden sogar bis zu 1.000 Euro fällig.

## Björn Thümler ist unterwegs am ...

» **7. Juni, 11 Uhr in Hannover**

Empfang beim Landtagspräsidenten mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

» **7. Juni, 16 Uhr in Hannover**

Gespräch mit Dr. Hinsch, Pr#sident IHK Hannover

» **7. Juni, 18.30 Uhr in Barsinghausen**

Spargelesen der CDU

» **8. Juni, 8 Uhr, in Jaderberg**

Besuch des Jade-Gymnasiums

» **8. Juni, 15.30 Uhr in Loccum**

Konvent der Evangelischen Akademie

» **12. Juni, 8 Uhr in Lemwerder**

EU-Projekttag im Gymnasium Lemwerder

» **12. Juni, 10.30 in Hannover**

Besuch der Ideenexpo

» **13. bis 16. Juni in Hannover**

Plenum

» **14. Juni, 19.30 Uhr in Hannover**

Parlamentarischer Abend mit dem Niedersächsischen Beamtenbund

» **17. Juni, 10 Uhr in Rastede**

Eröffnung Naturerlebnistage im Schlosspark

» **18. Juni, 15 Uhr in Rastede**

Landeswettbewerb Jagdhornblasen

» **19. Juni, 9 Uhr in Rastede**

Gespräch mit Claas Daun, Daun & Cie

» **19. Juni, 11.30 in Nordenham**

Verabschiedung von Oberstudiendirektor Laske, Gymnasium Nordenham

» **20. Juni, 9 Uhr in Wilhelmshaven**

Gespräch mit Sven Partzsch, HES Wilhelmshaven

» **20. Juni, 11.30 Uhr in Brake**

Verabschiedung von Oberstudiendirektor Dannemann, Gymnasium Brake

» **21. Juni, 17 Uhr in Brake**

4. Bahngipfel in der Kvhs

» **21. Juni, 19.30 Uhr in Berne**

Grillen mit Ehrenamtlichen und Bernd Althusmann am Strand

» **22. Juni, 11 Uhr in Wintzingerode**

Besuch in Wintzingerode

» **23. Juni, 8.30 Uhr in Schwei**

Gespräch mit Herrn Witting

» **23. Juni, 10.30 Uhr in Elsfleth**

Gespräch mit Alexander Jüptner und Prof. Dr. Wandelt

» **23. Juni, 12 Uhr in Elsfleth**

Gespräch mit Herrn Malaar, Omnipac

Diese Liste ist nur eine Auswahl aus dem Terminkalender des Fraktionsvorsitzenden.  
Weitere Termine finden Sie unter [www.bjoern-thuemler.de](http://www.bjoern-thuemler.de)



Bei einem Besuch im Handwerksmuseum Ovelgönne ließ sich Björn Thümler von der Museumsleitung Susanne Schlechter über die Situation im Museum informieren. Thümler war einerseits beeindruckt von dem Enthusiasmus mit dem in diesem Museum der Kulturschatz bewahrt, gepflegt und wissenschaftlich ausgewertet wird. Er stimmte auf der anderen Seite mit Susanne Schlechter überein, dass es besonders für ein so kleines Museum schwer sei, an Fördermittel zu kommen. „Diese sind häufig an Eigenmittel gebunden, die wir so gar nicht aufbringen können“, betonte die Museumleiterin. Zudem sei es besonders schwer Förderungen für Personal zu erhalten, da die meisten Programme sich auf Sachspenden konzentrierten. „Förderungen sollten eher Sponsoring sein“, wünschte sich Susanne Schlechter. Vor diesem Hintergrund lobte Thümler besonders das Engagement mit dem die Museumleiterin und die Mitarbeiter des Heimat- und Kulturvereins es schafften, immer wieder Projekte umzusetzen. Derzeit sei eine Remise in Planung, in der die vielfältigen Schätze des Museum ihren Platz finden sollen, damit in der Werkstatt wieder gearbeitet werden könne.



Mehl ist nicht nur weißes Pulver. Es ist ein regelrechtes Hightech-Produkt - erklärt Joachim Kuhlmann, Prokurist der Okermühle. Die Traditionsmühle in Hedwigsburg produziert „Mehl mit Herkunft“. Anders als die meisten anderen Mühlen arbeitet das Unternehmen für die Herstellung seiner zahlreichen Spezialprodukte ganz eng mit den Erzeugern zusammen. Spannend - das fanden auch Landtagskollege Frank Oesterhelweg und Landtagskandidatin Sarah Grabenhorst-Quiddé.

Klausurtagung der CDU-Fraktion Niedersachsen auf Norderney: Gute Inhalte, gute Gespräche, gute Stimmung. Bernd Althusmann und Björn Thümler stimmen sich auf die bevorstehenden Wochen und Monate mit dem Bundestagswahlkampf und anschließend den Kampf um die Mehrheit in Niedersachsen ein.





- **Ihr fragt.**
- **Ich antworte.**
- **Hier, auf Facebook.**

Start der digitalen Bürgersprechstunde auf Facebook. Björn Thümler antwortet ab sofort mit kleinen Videonachrichten auf die Fragen der Bürger. Jede Frage ist willkommen und kann direkt an den Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion gestellt werden. Entweder als Kommentar zum Start der nächsten Sprechstunde oder direkt als Nachricht: [www.facebook.com/bjoern.thuemler/](http://www.facebook.com/bjoern.thuemler/)

Dieses Foto entstand am 31. Mai in Ovelgönne an der Feldversuchsstation des Grünlandzentrums. Dass es sich wirklich um einen Wolf handelt, konnte bis zum Redaktionsschluss dieses Newsletters allerdings nicht offiziell bestätigt werden.



## Björn Thümler, MdL

Fraktionsvorsitzender im  
niedersächsischen Landtag

Vorsitzender der CDU Wesermarsch

Internet: [www.bjoern-thuemler.de](http://www.bjoern-thuemler.de)

E-mail: [bjoern@thuemler.de](mailto:bjoern@thuemler.de)

Björn bei Facebook



### Bürgerbüro Berne

Lange Straße 62

27804 Berne

Tel.: 04406 972515

Fax.: 04406 972516

### Büro Hannover

Hannah-Arendt-Platz 1

30159 Hannover

Tel.: 0511 30304110

Fax.: 0511 30304851

